Offizielles Organ des Arbeiter- und Soldatenrats

Anzeigenpreiſe:
Die neungeſpalt. Konparaillezeile [illegible] ₰
Inſerate für auswärts ...... [illegible] ₰
Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen ... [illegible] ₰
Die viergeſpaltene Reklamezeile . 1.[illegible] ℳ
Bei Wiederholungen Rabatt.
Inſerate müſſen zwei Tage vor Erſcheinen der Zeitung in unſeren Händen ſein.

# Volkswacht

Die Volkswacht erſcheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Bezugspreiſe:
In Danzig durch unſere Zweigſtellen ........ monatlich 1.[illegible] ℳ, vierteljährlich [illegible] ℳ
Durch die Poſt bezogen außerdem noch Zuſtellgebühr . monatlich 14 ₰
Einzelnummern ......... [illegible] ₰
Poſtſcheckkonto Danzig Nr. [illegible]

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Weſtpreußen

Redaktion und Expedition:
Danzig, Paradiesgaſſe 32.

Publikations-Organ der Freien Gewerkſchaften

Telephon: Redaktion 3795.
Expedition 3290.

Nr. 155

Mittwoch, den 9. Juli 1919

10. Jahrgang

# Mildere Friedensbedingungen für Oeſterreich?

## Teile und herrſche.

**Bern, 7. Juli. (W. T. B.) Wie aus Paris gemeldet wird, wird die Ueberreichung des deutſchöſterreichiſchen Friedensvertrages infolge einer vollſtändigen Aenderung in der Haltung der Alliierten gegenüber Deutſchöſterreich verzögert werden, um Deutſchöſterreich nicht in die Arme Deutſchlands zu treiben. Es ſei eine vollkommene Reviſion der territorialen Klauſeln, ſowie eine Reviſion der wirtſchaftlichen und finanziellen Bedingungen vorgenommen worden.**

Daß dieſe Nachricht den Tatſachen entſpricht, iſt durchaus möglich. Jede Handlung der Alliierten ſeit dem 9. November iſt noch von der Angſt diktiert geweſen. Zunächſt die brutalen Waffenſtillſtandsbedingungen, die Deutſchland kampfunfähig machten, dann der Friede vom 28. Juni, der zugeſpitzt iſt auf die militäriſche und wirtſchaftliche Sicherung Frankreichs, und ſchließlich das franzöſiſch-engliſch-amerikaniſche Schutzbündnis, von dem wir vor einigen Tagen berichteten. Alles zielt darauf hin, Deutſchland ſo zu treffen, daß es ſelbſt dem durch den Krieg geſchwächten Frankreich nichts ſchaden kann.

Gäbe man den Deutſchöſterreichern jetzt noch einen günſtigeren Frieden, als es zunächſt beabſichtigt war, ſo machte man das Programm nur vollſtändig. Man will unſere Brüder an der Donau nicht in die Arme Deutſchlands treiben! Man hat alſo noch immer Sorge, daß die mit geknebelten Gliedern am Boden liegende junge Republik ſoviel Kraft hat, um ſelbſt gemeinſam mit einem verſtümmelten Deutſchöſterreich wieder emporzukommen. Nur deshalb will man Oeſterreich ſchonen!

Handelt die Entente wirklich ſo, wie die Wolffmeldung ankündigt, ſo verrät ſie dadurch nur, daß ihre Poſition nicht ſo ſtark iſt, als ſie aller Welt glauben machen möchte. Wäre ſie es, ſo ließen es die Clemenceau und Genoſſen auf die Vergewaltigung Oeſterreichs ankommen. Denn ſoviel muß ihnen doch ſchon heute klar werden: eine Schonung Deutſchöſterreichs kommt letzten Endes Deutſchland zugute. Daß beide Republiken eines Sinnes bleiben, können die Schieber in Paris, London und Waſhington nicht verhindern, auch nicht dadurch, daß ſie den Brüdern an der Donau günſtige Friedensbedingungen geben.

Will das niedergetretene Oeſterreich wieder hochkommen, ſo kann es das genau ſo wie Deutſchland nur mit Hilfe des Sozialismus. Die Männer aber, die in Oeſterreich das Heft in der Hand haben, die Renner und Bauer, werden mit klarem Bewußtſein auf ein gutes Verhältnis mit Deutſchland hinſteuern. Schont die Entente Oeſterreich, ſo beſſert ſie im Grunde die Poſition der Sozialdemokratie und ſtärkt dadurch in weit höherem Maße den Widerſtand gegen den Gewaltfrieden, als wenn ſie es zerſetzt. Bleibt Oeſterreich wirtſchaftlich und politiſch ungeſchmälert erhalten, ſo wird eine großzügige ſozialiſtiſche Politik möglich ſein, die das Land ſchnell geſunden läßt, nach Deutſchland hinüberwirkt und früher oder ſpäter mit dazu beitragen muß, daß wir gleichberechtigt im Rate der Völker werden. Alſo die Herren in Paris mögen nur teilen. Die Herrſchaft über das deutſche Volk ſichern ſie ſich auch dadurch nicht, weil es in ſeiner überwältigenden Mehrheit aus Sozialiſten beſteht, die es ablehnen, Jahrzehnte hindurch zu ſchaffen, um die Kriegskoſten der Ententekapitaliſten zu zahlen! Deutſchland und Deutſchöſterreich werden ſich früher oder ſpäter unter dem Banner des Sozialismus vereinigen und dafür zu ſorgen wiſſen, daß der Schandfriede von Verſailles in Fetzen aufgeht.

## Die Ratifizierung.

**Berlin, 7. Juli. (W. T. B.) Der Staatenausſchuß hat der Ratifikation des Friedensvertrages zugeſtimmt.**

Nach einer weiteren Wolffmeldung wird die Ratifizierung in einer vorausſichtlich am Mittwoch ſtattfindenden kurzen Sitzung der Nationalverſammlung erörtert werden, in der wahrſcheinlich nur der Miniſter des Aeußeren Hermann Müller ſprechen wird. Darauf wird der Reichspräſident die Ratifizierungsurkunde unterfertigen, die nach Verſailles telegraphiert wird, wo ſie Legationsrat v. Lersner dem Miniſterpräſidenten Clemenceau übergeben wird. Die Urkunde wird durch einen Kurier nach Verſailles gebracht werden.

### Weitere Verhandlungen.

**Berlin, 7. Juli. (W. T. B.) Wie die „Dtſch. Allgem. Ztg." zum Abkommen über die beſetzten Gebiete erfährt, hat trotz grundſätzlicher Annahme das Auswärtige Amt wegen der ungewöhnlichen Härten des Abkommens nochmals Clemenceau Verhandlungen vorgeſchlagen. Clemenceau hat ſich zu Beſprechungen grundſätzlich bereit erklärt. Die Verhandlungen werden vom Reichsminiſterium des Innern geführt, das den Unterſtaatsſekretär Lewald damit beauftragte, den zum Reichskommiſſar für die Rheinlande ernannten Regierungspräſidenten von Köln nach Verſailles zu entſenden.**

**Berlin, 7. Juli.** Der Sonderberichterſtatter des „Svenska Telegram Byram" hatte heute eine Unterredung mit dem Reichsminiſter des Auswärtigen, Hermann Müller, über die erſten Aufgaben der deutſchen Außenpolitik nach Unterzeichnung des Friedens. Wir haben, ſagte der Miniſter, die ganze Welt zu Gegenkontrahenten, und in einem ſolchen Falle kann man nicht darauf rechnen, ſich der Ausführung des Vertrages zu entziehen. Wenn irgendeinmal in der Welt, gilt hier der Satz, das Ehrlichkeit zu berechtigt iſt. Ich werde jede Politik als verwerflich bekämpfen, die in dieſem Punkte anders denken ſollte. Der unter Wilſons Einfluß zuſtandegekommene Völkerbund läßt noch immer den Krieg als letzte Völkerrechtsinſtanz beſtehen. Wir aber wollen den Krieg aus der Reihe der völkerrechtlich erlaubten Mittel ausſchalten. Ich bin der Ueberzeugung, daß dies nötig iſt, weil ich Sozialiſt bin und meine ſozialiſtiſche Geſinnung als Miniſter des Aeußern nie verleugnen werde.

## Internationaler Proteſt.

„W. T." meldet aus Lugano: Die italieniſche Sozialiſtenpartei erläßt ein Manifeſt, das im Einverſtändnis mit den franzöſiſchen und engliſchen Sozialiſten für den 20. und 21. Juli den Generalſtreik ankündigt als „Weltproteſt gegen die Brutalität der Entente gegenüber Rußland, Ungarn und gegen die Vergewaltigung Deutſchlands".

**Bern, 7. Juli. (W. T. B.)** Der Generalrat des Allgemeinen italieniſchen Gewerkſchaftsbundes **macht bekannt, daß auch die italieniſchen Eiſenbahner ſich dem internationalen Proteſtſtreik anſchließen werden.**

## Die Verkehrsſtreiks.

Zum Berliner Verkehrsſtreik erfährt die „Dt. Allgem. Ztg.", daß die Straßenbahnleitung an dem Standpunkte feſthält, daß ein Spruch des Hauptausſchuſſes auf Erſuchen beider Parteien gefällt werden kann.

Sowohl die Ausſtändigen der ſtädtiſchen Straßenbahn als auch das geſamte Perſonal der Hochbahn hielten geſtern Verſammlungen ab, worin zum weiteren Ausharren im Streik aufgefordert wurde.

Der Verkehr auf der Ring- und Stadtbahn ſoll von heute (Dienstag) an in vollem Umfange aufgenommen werden.

*

**Hamburg, 7. Juli. (W. T. B.)** Die Abſtimmung der Eiſenbahnbeamten und Arbeiter im Bezirk Hamburg-Altona ergab eine einfache Mehrheit für den Ausſtand. Die Meinung geht aber dahin, daß die Delegierten eine zwei-Drittel-Mehrheit für das Eintreten in den Ausſtand für nötig erachten und daß ſich eine ſolche nicht ergeben wird.

**Bremen, 7. Juli. (W. T. B.)** Die Eiſenbahner Bremen beſchloſſen in einer heute abgehaltenen Verſammlung, vorläufig nicht in den Streik zu treten, morgen jedoch in den Betrieben eine Urabſtimmung vornehmen zu laſſen. Es iſt ein Telegramm vom Deutſchen Eiſenbahnerverband eingetroffen, in dem es heißt, die Arbeit nicht niederzulegen und, wo dies geſchehen, dieſe wieder aufzunehmen.

**Hannover, 7. Juli. (W. T. B.)** Die Eiſenbahner haben heute abend in der Stadthalle beſchloſſen, den Streik abzubrechen und die Arbeit morgen früh wieder aufzunehmen. Die Streikleitung wurde beauftragt, die Verhandlungen fortzuführen.

*

### Spartakiſtenanſchlag auf Bebra.

**Bebra, 7. Juli (W. T. B.) Nachdem der Ausſtand der Eiſenbahnerbeiter und -Beamten auf den Bezirk Kaſſel nicht übergegriffen hatte und der Streik in Frankfurt a. M., Falda und Hanau beigelegt war, haben die Spartakiſten geſtern einen Anſchlag auf den Bahnhof Bebra, den Knotenpunkt des Bahnverkehrs zwiſchen Süd-, Mittel- und Norddeutſchland ausgeführt. Einige Eiſenbahnzüge mit Benzol wurden in Brand geſetzt. Gleichzeitig gingen drei Güterſchuppen in Flammen auf. Das Feuer griff ſo ſchnell um ſich, daß eine Güterhalle in wenigen Minuten niederbrannte. Viele hundert beladene Eiſenbahnwagen wurden ein Raub der Flammen. Trotz der durch die Luft wirbelnden größeren Eiſenteile und brennenden Gepäckſtücke ſetzten ſofort die Plünderungen ein. Aus dieſem Grunde gingen von Kaſſel ſofort Truppen mit Maſchinengewehren nach Bebra ab.**

## Entente-Nöte.

Das Wiener Telegr.-Korreſp.-Bureau meldet vom 7. Juli aus Agram: In den letzten Tagen namentlich am Donnerstag, kam es in Fiume zu großen Ausſchreitungen. Ein Freiwilligen-Bataillon, das gebildet worden war, um den Beſchlüſſen der Friedenskonferenz, die den italieniſchen Wünſchen widerſprechen, bewaffneten Widerſtand entgegenzuſetzen, griff engliſche und franzöſiſche Soldaten an, wobei es zu regelrechten Kämpfen kam. 50 franzöſiſche und engliſche Militärperſonen wurden verwundet, fünf getötet. Im kroatiſchen Leſeverein wurden Bilder Clemenceaus und Fochs verbrannt und Schmährufe gegen Frankreich ausgeſtoßen. Am Freitag beſetzten drei Bataillone der regulären italieniſchen Armee die Straßen und Plätze.

**Bern, 7. Juli. (W. T. B.)** In Fiume iſt es am Sonntag wieder zu Zuſammenſtößen zwiſchen der Bevölkerung und der franzöſiſchen Beſatzung gekommen, wobei Franzoſen Handgranaten warfen. Franzöſiſche Seeleute wurden von der Bevölkerung mißhandelt und auf die Schiffe verjagt. Der franzöſiſche Kommandant konnte ſich nur durch Eingreifen des italieniſchen Befehlshabers den Tätlichkeiten entziehen. Nach „Secolo" hat die Erregung einen derartigen Grad erreicht, daß das Schlimmſte befürchtet werden muß. Die Bevölkerung fordert die ſofortige Zurückziehung der Franzoſen, von denen 7 getötet und 20 verwundet ſein ſollen.

*

**Bern, 7. Juli.** Nach „Petit Pariſien" iſt am Sonnabend das geſamte Perſonal der Compagnie messagerie de l'ouest in den Ausſtand getreten. Der Schiffsverkehr mußte eingeſtellt werden. In der Zuſammenkunft der Eiſenbahner und Straßenbahner am Sonnabend, der Vertreter aller Unternehmungen beiwohnten, erzielte die revolutionäre Tendenz eine Mehrheit. Die Poſtbeamten in Paris veranſtalteten nach „Matin" einen zweiſtündigen Streik. Sie forderten den achtſtündigen Arbeitstag und Gehaltserhöhungen. Die Teilnahme an dem allgemeinen Ausſtand am 21. Juli wurde beſchloſſen.

*

### Mißſtimmung in Serbien.

b. **Wien, 7. Juli.** (Dt. Allg.) Aus Belgrad wird gemeldet: Infolge der ungünſtigen Friedensbedingungen für Serbien und mit Rückſicht auf die auswärtige Lage wurden alle Reſerviſten zu einer ſechswöchigen Waffenübung einberufen. Die Reſerviſten ſollen der Einberufung zur Verteidigung Jugo-Slawiens ohne Zögern gefolgt ſein.

**Amſterdam, 7. Juli.** „Times" melden aus Tokio, daß in Japan trotz der geringen Verluſte, die das Land im Kriege erlitten, und trotz der rieſigen Gewinne, die der Krieg gebracht habe, allgemeine Unzufriedenheit, große Armut und Unruhen herrſchen. Die Unzufriedenheit findet ihren Grund in der Lebensmittelteuerung, die eine Folge der rieſigen Kriegsgewinne einzelner iſt.

## Politiſches.

### Die Blockadeaufhebung.

Dem „Algemeen Handelsblad" zufolge ſcheint der holländiſchen Regierung offiziös der Wunſch der Aſſoziierten mitgeteilt worden zu ſein, bei der Aufhebung der Blockade, d. h. nach erfolgter Ratifikation des Friedensvertrages durch Deutſchland die zwiſchen den Alliierten und den Niederlanden abgeſchloſſenen Uebereinkommen, mit Ausnahme der finanziellen, aufzuheben. Es iſt zu erwarten, daß die Aufhebung des Uebereinkommens auf der Grundlage vollkommener Handelsfreiheit auf beiden Seiten ſtattfindet, ſo daß zunächſt keine Bedingungen bezüglich des Handels mit Deutſchland geſtellt werden.

### Gemeinwirtſchaftskörper.

Das Reichsminiſterium hat, wie von berufener Seite mitgeteilt wird, eine Denkſchrift über die Bildung von Gemeinwirtſchaftskörpern in der Eiſenwirtſchaft und in der Wirtſchaft der Eiſen- und Metallfertigerzeugniſſe ausgearbeitet, die insbeſondere die Richtlinien der vorläufigen Organiſation enthält. In Paragraphen ſind alle Einzelheiten überſichtlich geordnet, über die die Vertretungen der beteiligten Intereſſengruppen beraten und ſich ſchlüſſig werden ſollen. Es handelt ſich hierbei um den entſcheidenden Schritt, das Wirtſchaftsprogramm des Reichswirtſchaftsminiſteriums in die Tat umzuſetzen.

### Deutſchpolniſches.

Dank den Verhandlungen des Bromberger deutſchen und polniſchen Volksrates mit dem Oberſten Polniſchen Volksrat in Poſen ſind die Internierungen, die in der letzten Zeit namentlich in der Stadt Poſen in bedenklichem Umfange bei den Deutſchen vorgenommen wurden, eingeſtellt worden. Für alle diejenigen, die als Führer des Deutſchtums in den letzten Monaten hervortraten, iſt laut „Dt. Allg. Ztg." eine politiſche Amneſtie vorgeſehen. Auch Anſiedlern, die aus dem beſetzten Gebiete ſtammen und die Waffen zum Kampfe gegen die Polen ergriffen hatten, iſt volle Straffreiheit zugeſichert. Der Austauſch der Kriegsgefangenen wird vorbereitet. Die deutſchen Volksräte werden ausdrücklich anerkannt.

**Die Aufhebung der Fleiſchrationierung** iſt durch eine Berliner Zeitung ab 1. Oktober in Ausſicht geſtellt worden. Wie W. T. B. meldet, entbehrt dieſe Nachricht jeder Begründung.

## Ueber die Ernährung im Freiſtaat Danzig

ſprach Montag vormittag wie kurz berichtet Herr Stadtrat Grünſpan in einer Sitzung, zu der vom Magiſtrat die Intereſſenten geladen waren. Nach Dr. Grünſpans Mitteilungen hat der neue Freiſtaat Danzig 98 000 Hektar Acker, Wieſen und Weiden und 12 000 Hektar Wald. Im Freiſtaatgebiet wird in der Hauptſache Weizenbau betrieben, ein beachtenswerter Zuckerrübenbau und ein Gerſtenbau, der hier ſtärker iſt, als in anderen Gegenden. Zur Verarbeitung der Zuckerrüben haben wir im Freiſtaat drei Zuckerfabriken, in Prauſt, Neuteich und Sobbowitz, und zwei Zuckerraffinerien in Danzig. Die Leiſtungsfähigkeit dieſer Fabriken iſt ſo groß, daß die drei Millionen Zentner Rüben, die vorausſichtlich geerntet werden, nicht ausreichen, um ſie ordnungsgemäß zu beſchäftigen; die Fabriken ſind alſo auf Zufuhren aus den Grenzgegenden angewieſen, zumal die Rübenerzeugung im Kriege um zwei Drittel zurückgegangen iſt. Die im Freiſtaatgebiet erzeugten Kartoffeln reichen auch nicht aus, um den Bedarf der Freiſtaatbevölkerung zu decken. Zu beachten iſt hierbei auch, daß Kartoffeln zur Verfütterung und zur Brennerei freigelaſſen werden müſſen, denn es muß eine Hauptſorge ſein, den Viehbeſtand wieder in die Höhe zu bringen, auch kann man die 14 Spiritusbrennereien nicht unbeſchäftigt laſſen. An Kartoffeln iſt nur ein Drittel von dem vorhanden, was die Bevölkerung an Eßkartoffeln braucht. Die eigene Ernte im Freiſtaatgebiet ergibt nur ½ Pfund pro Kopf und Tag, ſo daß mindeſtens 100 000 Tonnen eingeführt werden müſſen. Die Brotverſorgung iſt hauptſächlich geſtützt geweſen auf den Roggen, da aber die Niederung zumeiſt Weizen baut, muß ein Ausgleich mit anderen Gegenden ſtattfinden. Man hat die einzuführende Getreidemenge auf 20 000 Tonnen berechnet. Die Hafer- und Gemengeernte im Freiſtaatgebiet reicht nicht einmal zur Ernährung der vorhandenen Pferde aus. Selbſt bei beſſerer Ernte müßte man in Rückſicht auf die erforderlich werdenden Hafernährmittel mindeſtens noch 25 000 Tonnen Hafer und Gemenge einführen. Der Zuckerrübenanbau im Freiſtaatgebiet bringt 17 Pfd. Zucker auf den Kopf der Bevölkerung, im Kriege wurden aber 24 Pfd. verteilt, und da wir etwas Einmachezucker verteilen wollen, müſſen wir mindeſtens auf 30 Pfd. rechnen. Aus dieſen Zahlen ergibt ſich, daß alſo 1750 Tonnen Zucker oder 12 000 Tonnen Zuckerrüben eingeführt werden müſſen. Der Bedarf an Gerſte iſt ſchon in Rückſicht auf die Schweinemaſt ein großer. Da auch wenig Kraftfutter für das Rindvieh vorhanden iſt, berechnet Dr. Steimmig den Fehlbetrag auf rund 10 000 Tonnen. Bei beſſerer Ernte würde dieſer Betrag genügen, um auch den Danziger Bedarf an Graupen und Grützen ſicherzuſtellen. Hülſenfrüchte ſind früher in Danzig nicht ſehr beachtet geweſen, jetzt im Kriege hat ſich der Anbau verſtärkt, ſo daß anzunehmen iſt, daß der Bedarf gedeckt werden konnte. Die im Freiſtaatgebiet zu erntenden Oelfrüchte ergeben rund 1500 Doppelzentner Oel. Es würde gut ſein, wenn wir dieſe Menge zu Margarine verarbeiten laſſen könnten. Der Kriegsausſchuß für Oele und Fette trifft jedoch ſchon jetzt Maßnahmen, um nach der Ernte 5000 Tonnen Oelfrüchte aus unſerem Gebiet abtransportieren zu laſſen. Das hier zu bauende Gemüſe dürfte für den Bedarf genügen. Auch Rauhfutter wird ausreichen, an eine Ausfuhr iſt aber nicht zu denken; ſämtliches Saatgut für den Anbau muß importiert werden. Unzureichend wird die Obſtverſorgung aus dem eigenen Gebiet, infolgedeſſen wird man auf überſeeiſche Zufuhren angewieſen ſein, zumal auch die hier eingerichtete Marmeladenfabrik zu beliefern iſt. An künſtlichem Dünger werden benötigt: [illegible] Tonnen ſtickſtoffhaltige Düngemittel, 20 000 Tonnen Kali und 30 000 Tonnen Phosphorſäuredünger, dazu noch größere Mengen an Kalkmergel und [illegible].

Die Fleiſchverſorgung des neuen Freiſtaates iſt, wenn der Freiſtaat auf ſich ſelber angewieſen wäre, ſchlecht beſtellt, was in der Hauptſache auf eine große Abnahme der Viehbeſtände in den letzten ſechs Jahren zurückzuführen iſt; die Zahl der Rinder iſt um 16 Prozent, die der Kälber um 39 Prozent und die der Schweine um 51 Prozent zurückgegangen; die Zahl der Schafe iſt um 4 Prozent größer geworden. Im Kriege gab es für die Danziger Bevölkerung noch nicht ein halbes Pfund Fleiſch die Woche, vor dem Kriege aber zwei Pfund, ſo daß man mit einem Durchſchnittsverbrauche von einem Pfund wird rechnen müſſen: Die Fleiſchverſorgung aus eigenem Gebiet kann ermöglicht werden durch Einfuhr von Schweinemaſtfutter und eiweißhaltigem Kraftfutter für Rindvieh. An Pferden hatten wir früher Ueberſchuß. Die Milchverſorgung iſt im Freiſtaatbezirk Danzig unter keinen Umſtänden geſichert. Im Kriege lieferten 17 Landkreiſe ihre Milch nach Danzig, im Frieden betrug der Friſchmilchbedarf täglich 75 000 Liter. Ebenſowenig iſt die Butter- und Käſeverſorgung ſichergeſtellt. Im Sommer würde man mit der Milch vielleicht durchkommen, im Winter aber bittere Not leiden. Die Fettverſorgung würde durch Erhöhung der Schweinemaſt wieder beſſer werden.

61 Millionen Meter Kleiderſtoffe aus Heeresbeſtänden ſollen nach eine Erklärung des Eiſenbahnminiſters im Haushaltsausſchuß der Landesverſammlung an beſonders kinderreichen Familien der Arbeiter und Angeſtellten abgegeben werden.

In der Nationalverſammlung wurde die Abſtimmung über die Verfaſſungsparagraphen fortgeſetzt, die Weſentliches nicht ergab.

# 10. Gewerkſchaftskongreß.

## IV.

Als weiterer Redner ſprach Janſſon (Generalkommiſſion). Er tritt der Behauptung Müllers entgegen, daß die Generalkommiſſion mitverantwortlich ſei für Beſtrebungen, die auf Beſchränkung des Streikrechts hinausgehen. Schon am 21. Juni habe das „Korreſpondenzblatt“ die Behauptung der „Freiheit“ als unwahr bezeichnet. Es wurde erklärt, daß die Gewerkſchaften gegen leichtfertige Preisgabe des Streikrechtes als eins der wichtigſten Arbeiterrechte Einſpruch erhoben und dieſen Beſtrebungen ſchärfſten Widerſpruch entgegenſetzen würden. (Hört, hört! und Beifall.) Wenn Müller trotzdem dieſe Behauptung wieder hier aufſtelle, ſo fehle dem Redner der parlamentariſche Ausdruck für dieſe Kampfesweiſe. (Zuſtimmung.) Lange verſuche auf Umwegen ein Mißtrauensvotum gegen die Generalkommiſſion einzuſchmuggeln, obwohl der Kongreß geſtern entgegengeſetzt entſchieden habe. Der Entwurf, der hier bemängelt werde, ſei noch kein Entwurf der Reichsregierung, ſondern er bedeute einen Vorentwurf, den das Reichsarbeitsamt habe ausarbeiten laſſen als Grundlage der Beratungen mit den Intereſſenten.

**Das ruſſiſche Beiſpiel**

regt nicht zur Nachahmung an. Die ruſſiſchen Betriebsräte hatten die volle Kontrolle über Produktion, Kauf und Verkauf. Die Ruſſen haben zwar die Intellektuellen nicht fortgejagt, aber dieſe haben erklärt, nicht mehr zu arbeiten, wenn ſie nichts zu ſagen haben. Der Rat der Gewerkſchaften hat dort, geſtützt auf die bolſchewiſtiſche Regierung, Maßnahmen ergriffen, um die Arbeitsdisziplin, u. a. das Taylor-Syſtem, das wir rundweg ablehnen, wieder herzuſtellen.

**Giebel**-Berlin (Bureauangeſtellter): Es wäre beſſer geweſen, die Redner der Oppoſition hätten die Richtlinien, die zu dieſem Punkt vorliegen, erſt mal durchgeleſen, dann hätten ſie wahrſcheinlich zu dieſem wichtigen Thema andere Reden gehalten. Richard Müller wünſche ich, daß er das langſame Tempo der Revolution ebenſo überdauert, wie das Faktum der Nationalverſammlung. (Heiterkeit.) Wir kommen in dieſer Zeit nicht ohne die Mitarbeit der Unternehmer mit ihren Erfahrungen für den Wiederaufbau aus. Der Tag wird kommen, an dem wir Arbeiter erkennen werden, daß es ein Glück für ſie war, nicht der Politik der hohlen Phraſe gefolgt zu ſein, und daß ſie nur geſtützt auf ſtarke Gewerkſchaften den Aufſtieg zu einer freien Wirtſchaft nehmen können. (Stürmiſcher Beifall bei der Mehrheit, Lärm bei der Oppoſition.)

Ein Schlußantrag findet Annahme.

**Richard Müller** verteidigt im Schlußwort das Räteſyſtem gegen die erhobenen Einwendungen. Ich behaupte nach wie vor, daß ein ſolches Geſetz über den Arbeitsfrieden von Herrn Wiſſell vorliegt und das weiß auch Janſſon. Das Dementi des „Korreſpondenzblattes“ betraf das Zuchthausgeſetz, das die „Freiheit“ veröffentlicht hat. Will Janſſon die Tatſache beſtreiten, daß Wiſſell Richtlinien für das Geſetz dem Reichsminiſterium unterbreitet hat? (Janſſon: Die Generalkommiſſion hat keine Verantwortung dafür.) Es mag ja ſein, daß verſchiedene Mitglieder der Generalkommiſſion mit dieſem Wiſſellſchen Geſetz nicht einverſtanden ſind. (Legien: Alle!) Die Scharfmacher ſind heute wieder oben auf und wodurch? (Zurufe: Durch Euch!) Nein, weil die Mehrheitsſozialiſten und Gewerkſchaftsführer verſagt haben. (Beifall und ſtürmiſcher Widerſpruch.) Möge der Kongreß den Mut aufbringen, der Generalkommiſſion zu ſagen, was Ihr macht, iſt falſch, fort mit den Arbeitsgemeinſchaften. (Stürmiſcher Beifall bei der Oppoſition und auf der Tribüne.) Der Vorſitzende rügt die Beifallskundgebungen der Galeriebeſucher.

**Cohen**-Berlin ſetzt ſich in ſeinem Schlußwort mit Müller und Lange über die Frage auseinander, welche intellektuellen Berufsgruppen heute ſofort Betriebsleiter ſtellen können. Er ſtellt dabei feſt, daß in dieſer Frage Uneinigkeit innerhalb der Oppoſition beſteht. Lange hält die Handlungsgehilfen für fähig, aus dem Handgelenk heraus einen Betrieb zu leiten, während Müller die Grenzen enger zieht. Aufgabe der Gewerkſchaften iſt es, durch unermüdliche Aufklärungsarbeit ihre Mitglieder dazu fähig zu machen. Vorläufig aber können wir auf die Mitarbeit und Erfahrung der Unternehmer nicht verzichten. Wir denken nicht daran, mit der Arbeitsgemeinſchaft einen Weg zu gehen, der es den Kapitaliſten ermöglicht, ſich auf Koſten der Allgemeinheit die Taſchen zu füllen. (Sehr richtig.) Die Befürchtung, daß im Laufe der Zeit auch die gelben Gewerkſchaften in die Arbeitsgemeinſchaften hineinkommen könnten, iſt hinfällig. Sie werden nicht über den Stock ſpringen, der ihnen in den Bedingungen, die ſie zu erfüllen haben, bevor ſie eintreten können, entgegengehalten wird. (Lebhafter Beifall.) Wenn Doſt und Lange die Kollektivverträge ablehnen, weil die Metallarbeiter mit ihrem Vertrag in Berlin keine guten Erfahrungen gemacht haben, ſo iſt das ungefähr ſo, als wenn ein Mann ein Inſtrument in der Hand hat, aber nicht darauf ſpielen kann und die Schuld dem an und für ſich guten Inſtrument zuſchiebt. (Heiterkeit, Beifall.)

Nachdem der Redner noch die verſchiedenen Einwendungen gegen die Arbeitsgemeinſchaft zurückgewieſen hatte, wurden die Verhandlungen auf Freitag früh 9 Uhr vertagt. Es erhält dann Leipart das Schlußwort.

Schluß 6 Uhr 20 Minuten.

◆

Berichtigung. In dem Berichte vom zweiten Verhandlungstage iſt zu leſen: Urich — Unabhängiger (nicht Kommuniſt), ferner in der Rede von Thomas-Frankfurt a. M. ſtatt Verſtändigungskonferenz „Vorſtändekonferenz“ und ſtatt Bauern „Bayern“, ſo daß der Satz richtig lautet: „In einer Vorſtändekonferenz hat Genoſſe Simon ſelbſt zugegeben, daß er für das verbeſſerte Hilfsdienſtgeſetz ſtimmen könnte, wenn es auf Bayern Anwendung finden würde.“

◆

### 5. Verhandlungstag.

Nürnberg, 4. Juli.

In der heutigen Sitzung erhielt Leipart das Schlußwort: Genoſſe Müller ſagte geſtern, ich hätte jede Spur revolutionären Geiſtes vermiſſen laſſen. Nach meiner Meinung verwechſelt er Geiſt mit Zunge. Er und ſeine Freunde haben es an revolutionären Worten nicht fehlen laſſen. Ich habe aber den Nachweis geführt, daß die Gewerkſchaften vor und nach der Revolution es nicht haben fehlen laſſen an revolutionären Taten. Die Aufgaben der politiſchen Revolution ſind nicht Sache der Gewerkſchaften, wohl aber die der ſozialiſtiſchen Umwälzung. Wir haben auf dieſem Gebiet manches und wichtiges erreicht und werden nicht aufhören, bis die ſozialiſtiſche Umwälzung verwirklicht iſt. (Beifall.)

Daß die Gewerkſchaftsführer auf die veränderten Verhältniſſe Rückſicht genommen haben, wäre keine Schande. Die nüchterne, praktiſche Gewerkſchaftsarbeit fordert es gerade tagtäglich, den veränderten Verhältniſſen Rechnung zu tragen. Wie in ſo vielen Punkten iſt Müller auch mit ſeiner Behauptung, daß die Gewerkſchaftsführer den Rätegedanken verwäſſert hätten, bei leeren Behauptungen geblieben. Die einzige klare Seite ſeiner Rede war die Forderung, daß

**das Räteſyſtem in Gegenſatz zum Parlamentarismus**

geſtellt werden müſſe. Wir waren bisher vor wenigen Monaten einig, daß das freie Wahlrecht das Zeichen ſei, in dem wir ſiegen müſſen. (Stürmiſcher Beifall.) Heute ſpricht man ſpöttiſch von der „Stimmzettel-Demokratie“. Weil wir nicht den Boden des Parlamentarismus verlaſſen wollen, ſagt man uns nach, wir ſtänden nicht auf dem Standpunkt des Klaſſenkampfes. Gerade wir als Gewerkſchaftler müſſen uns mit Entſchiedenheit zum Grundſatz des Parlamentarismus und der Demokratie bekennen. (Stürmiſcher Beifall.) Schon am 11. November haben wir, als noch kein Geſetz über die Betriebsräte vorlag, von den Unternehmern verlangt, daß den Arbeiterausſchüſſen in allen Fragen des Arbeiterrechts die Mitbeſtimmung zuerkannt werde. (Widerſpruch und Zwiſchenrufe der Oppoſition.) So wie wir mit den Lokaliſten, den Syndikaliſten und den Anarchoſozialiſten fertig geworden ſind, wird auch die Gewerkſchaftsbewegung mit den Männern des neuen Geiſtes fertig werden. (Stürmiſcher Beifall.) Einen breiten Rahmen nahm in der Rede Müllers das geheimnisvolle Geſetz über den Arbeitsfrieden ein, das den Arbeitern das Streikrecht nehmen ſoll. Solche Abſichten ſind von der Regierung entſchieden beſtritten worden. Trotzdem bleibt Müller bei ſeiner Behauptung. Wenn das wirklich richtig wäre, dann, ſo hoffen wir, werden auch die Genoſſen von der Oppoſition mit uns in entſchiedener Abwehr zuſammenſtehen und uns nicht wieder in die Arme fallen. (Sehr gut!)

Wir wenden uns gegen Beſchränkung des Streikrechts und werden dagegen ſtets entſchieden Front machen. Ich glaube aber, daß Müller Geſpenſter ſieht. Es mag ja irgendein verſchrobener Geheimrat einen ſolchen verrückten Gedanken ausgeheckt haben, wie man ja auch die unſinnige Idee der Reichsarbeitsſtunde vorgebracht hat. Ich möchte nun aber eine Verordnung der deutſchen Republik anführen. Es heißt da: Lebenswichtige Betriebe dürfen nicht ſtreiken. Dieſe Verordnung iſt erlaſſen vom Arbeiter- und Soldatenrat Berlin am 12. November. (Hört, hört! Große Bewegung.) Dieſer Inſtitution ſteht bekanntlich Genoſſe Müller nicht allzu fern. (Große Heiterkeit und Rufe: Er kann ſchreiben rechts, kann ſchreiben links!) Dieſe Vereinbarung der Gewerkſchaften mit den Unternehmervertretern vom 15. November iſt der revolutionären Reichsregierung unterbreitet und bewilligt worden. Sie iſt unterſchrieben von Ebert und Haaſe als Volksbeauftragte. (Hört, hört! Bewegung.) Mit großer Freude habe ich den Ausſpruch Müllers, daß Arbeitsfreude und Arbeitsluſt wieder hergeſtellt werden müſſen, vernommen. Das kann aber nicht erfolgen, wenn man unklare, phantaſtiſche Illuſionen in den Köpfen der Arbeiter wachruft. Umkehr iſt nur möglich, wenn wir feſthalten an der altbewährten Organiſation und der Taktik der Gewerkſchaften. Dann, Freund Müller, ſollſt Du Dich aber hüten, die Arbeiter in ihrem Vertrauen auf die Kraft der Gewerkſchaften irre zu machen. (Sehr gut! und Beifall.) Die Unternehmer werden die lachenden Dritten ſein, wenn wir uns zerfleiſchen. Heute haben die Arbeiter noch den Glauben. Sie in dieſem Glauben zu ſtärken, anſtatt zu erſchüttern, muß Aufgabe des Kongreſſes ſein. (Stürmiſcher Beifall.)

Es folgen dann perſönliche Bemerkungen.

Müller ſucht eine Erläuterung zu geben für ſeine viel erwähnte „Leichenrede“.

Es wird zur Abſtimmung geſchritten. In einfacher Abſtimmung werden die Richtlinien der Vorſtändekonferenz über die künftige Wirkſamkeit der Gewerkſchaften mit übergroßer Mehrheit angenommen. Auf Antrag von Dißmann-Frankfurt a. M. findet dann über die Richtlinien für die Wirkſamkeit der Betriebsräte und über die Entſchließung zur Arbeitsgemeinſchaft eine namentliche Abſtimmung ſtatt.

Angenommen wurde noch ein Antrag Vorhölzer: Der Arbeitgeber hat den Betriebsräten etwaigen Verdienſtentgang oder Auslagen in der vollen Höhe zu erſetzen. In der Frage der Betriebsräte entſchied ſich der Gewerkſchaftskongreß mit 407 gegen 192 Stimmen für die Auffaſſung der Vorſtändekonferenz. Angenommen wurde folgender Antrag Hetzſchold:

Der Kongreß erklärt nach Kenntnisnahme des Vorentwurfs über die Betriebsräte, daß der Entwurf in wichtigen Teilen nicht allen Erwartungen entſpricht, die berechtigterweiſe an ein Geſetz über die Errichtung von Betriebsräten geſtellt werden können. Unſere Vertreter wurden erſucht, an der Ausgeſtaltung der Vorlage mitzuarbeiten, um ein brauchbares Geſetz zur Wahrnehmung der Intereſſen der Arbeitnehmer zu ſchaffen. Nur wenn das politiſche Mitbeſtimmungsrecht der Betriebsräte in allen Arbeitnehmerangelegenheiten in der Vorlage zum Ausdruck kommt, darf die Zuſtimmung der Arbeitervertreter erfolgen.

In der weiteren Abſtimmung wird die Entſchließung zur Arbeitsgemeinſchaft mit den Unternehmern mit 420 gegen 181 Stimmen angenommen.

Sodann begründet in der Nachmittagsſitzung Leipart die vorgelegten Satzungen für den

**Allgemeinen Deutſchen Gewerkſchaftsbund.**

Es handelt ſich bei der Gründung um einen ſehr alten Wunſch der Gewerkſchaften. Man habe nur aus Rückſicht auf polizeiliche Schwierigkeiten bisher von dieſer Gründung, die ſchon 1896 verlangt wurde, abgeſehen und es bei der loſen Verbindung in der Generalkommiſſion belaſſen. Nach Beſeitigung der Polizeiwillkür kann nun aber zur Gründung eines feſtgefügten Bundes geſchritten werden. Man habe in früherer Zeit die Bezeichnung „Deutſcher Gewerkſchaftsbund“ wählen wollen, inzwiſchen haben aber die Chriſtlichen und die Hirſch-Dunckerſchen Gewerkſchaften die Kühnheit gehabt, ſich dieſen Namen vorwegzunehmen. In dem Zuſammenwirken der Zentralverbände wird nichts geändert werden. Es iſt aber mehr als bloße Namensänderung, der „Allgemeine Gewerkſchaftsbund“ wird in der beſchloſſenen Verbindung den Einfluß und die Macht der Gewerkſchaften noch mehr in den Vordergrund treten laſſen als bisher. Die Selbſtändigkeit der Verbände bleibt unberührt. Der Einleitungsſatz für die Statuten lautet: Die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Erwerbszweige bedürfen zur Vertretung ihrer ſozialen und wirtſchaftlichen Intereſſen der beruflichen Vereinigung der Gewerkſchaften. Nur durch Kampf in den Gewerkſchaften und durch kollektive Vereinbarungen mit den vereinigten Unternehmern, ſowie mit den Leitungen der ſozialiſtiſchen Betriebe können die Arbeitsverhältniſſe einheitlich und vorteilhaft geregelt werden.

Ein Antrag Dißmann verlangt, daß im erſten Satz hinter Gewerkſchaften geſetzt werde „und die Arbeiter- und Betriebsräte“, ferner ſollen im zweiten Satz geſtrichen werden die Worte „nur“, „kollektiv“ und „vereinigte“.

Leipart iſt der Meinung, daß dieſer Antrag keinen Zweifel laſſe, daß geſagt werden ſoll,

**die Gewerkſchaften ſeien doch eigentlich überflüſſig.**

Durch dieſen Abänderungsantrag werde deutlich ausgeſprochen, daß Lohn- und Arbeitsverhältniſſe nicht nur durch Kollektivverträge, ſondern auch durch Betriebsräte in den einzelnen Betrieben geregelt werden können. Das widerſpreche allen Grundſätzen, die die Gewerkſchaftsbewegung bisher verfolgt habe. Entweder regele man Lohn- und Arbeitsverhältniſſe durch Gewerkſchaften oder durch die Betriebsräte. Ferner wendet ſich Leipart auch gegen einen Antrag des Bergarbeiterverbandes, wonach alle Arbeiter, welche unter und über Tage beſchäftigt werden und Mitglied einer Knappſchafts-Penſionskaſſe ſind, dem Bergarbeiterverband angehören müſſen. Die Einheitsorganiſation kann uns nichts nützen. Wir müſſen feſthalten an der alten Form der Berufs- und Induſtrieorganiſationen. (Lebhafte Zuſtimmung.)

Es liegt eine große Anzahl von Abänderungsanträgen vor. Ein Antrag Hegemann-Leipzig verlangt, dieſe Anträge einer Kommiſſion zur Ausarbeitung eines Entwurfs für einen außerordentlichen Gewerkſchaftskongreß im nächſten Jahre zu überweiſen. Der Antrag wird abgelehnt. Waldhecker-Bochum (Bergarbeiter) tritt für Betriebs- an Stelle von Berufsorganiſationen in beſtimmten Betrieben, insbeſondere im Bergbau ein. Für die Bergarbeiter bringen die Berufsorgane namentlich jetzt nach Schaffung der Arbeitsgemeinſchaft ſchwere Unzuträglichkeiten. — Dißmann-Frankfurt beſtreitet, daß ſeine Anträge dahin zielten, die Gewerkſchaften durch Arbeiter- und Betriebsräte auszuſchalten. Sie ſeien zu gute Gewerkſchaftler, um nicht zu wiſſen, daß die Regelung der Arbeitsverhältniſſe durch die Gewerkſchaften erfolgen müſſe. Aber den Betriebsräten werden durch die Richtlinien ſoziale und wirtſchaftliche Funktionen überwieſen, ſo daß ihnen auch Raum für Betätigung gelaſſen werden müſſe. Im weiteren bitte er die Anhänger der Demokratie, in den Statuten doch auch ein klein wenig die Demokratie zur Geltung kommen zu laſſen. Er wünſche, daß die Zeitverhältniſſe ſich ſo entwickeln möchten, daß der Gewerkſchaftskongreß ſchon im nächſten Jahre zuſammentreten müſſe. Mindeſtens müſſen aber alle zwei Jahre Gewerkſchaftskongreſſe abgehalten werden. — Heckmann-Berlin fordert Einheitsorganiſationen für die in Gemeinde- und Staatsbetrieben beſchäftigten Arbeiter. — Sickfeld-Danzig (Holzarbeiter) glaubt, daß ein Zuſammenſchluß verſchiedener kleinerer Organiſationen erfolgen könnte, aber die Induſtrie- und Berufsverbände hätten ſich noch nicht überlebt. Das Beitrags- und Unterſtützungsweſen müßte unter den Verbänden einheitlicher geſtaltet werden. — Kotzur-Berlin fordert, den Deutſchen Eiſenbahnerverband als die Einheitsorganiſation für die geſamten Eiſenbahnbetriebe zuzulaſſen. — Jantzen-Düſſeldorf (Zimmerer) würde eine Zuſtimmung zum Antrage der Bergarbeiter für ſehr bedauerlich halten. (Zuruf: Ganz unmöglich!) Eine ganze Anzahl von Berufsarbeitern müßte beim Wechſel der Berufsſtätte auch die Organiſationszugehörigkeit ſtändig wechſeln. — Leipart wünſcht, daß der Kongreß die geänderten Grundſätze der Streitfrage, ob Betriebs- oder Berufsorganiſation, endlich zur Entſcheidung bringe, damit Ruhe eintrete. Er empfiehlt, daß der Kongreß ſich für die Berufsorganiſation auch weiter ausſpreche. — Dittmer-Berlin (Gemeinde- und Staatsarbeiter): Wir haben bereits mehrere von der Generalkommiſſion anerkannte Betriebsorganiſationen. Die Bergarbeiter wünſchen ſie auch. Es muß endlich ein Ausweg gefunden werden. Beiden Richtungen muß Rechnung getragen werden und es iſt bedauerlich, daß die Generalkommiſſion noch keine Vermittlung gefunden hat. — Auf Antrag Giebel-Berlin werden ſodann die geſamten Anträge einer Kommiſſion zur Durchberatung und zu einer Vorlage für die morgige Sitzung überwieſen. Auf weiteren Antrag von Leipart und Reichel wird vom Kongreß die Entſcheidung herbeigeführt, ob es bei der bisherigen Form der Berufs- und Induſtrieorganiſationen bleiben ſoll, oder ob die Betriebsorganiſationen zugelaſſen würden. Nach längerer Debatte entſcheidet ſich der Kongreß mit 808 Stimmen dahin, daß die bisherige Form der Berufs- und Induſtrieorganiſationen aufrechterhalten werden ſoll. Es wird ſchließlich nach weiteren geſchäftlichen Erledigungen die Verhandlung auf morgen früh 9 Uhr vertagt.

---

# Germinal.

Roman von Emile Zola.

89) (Fortſetzung.)

Die Kühnen, die des Nachts es wagten, einen Blick in dieſe Schlünde zu werfen, ſchworen, dort Flammen zu ſehen, die ſündigen Seelen, die in der unterirdiſchen Glut brieten. Irrlichter huſchten knapp am Boden dahin, heiße Dünſte brachen unabläſſig hervor, den Geſtank der Teufelsküche mit ſich führend. Und gleich einem Wunder ewigen Lenzes erhob ſich inmitten dieſes verwünſchten Landſtriches von Tartaret die „grüne Halde“ mit ihrem ewig grünen Raſen, ihren Buchen, deren Laub ſich unaufhörlich erneuerte, ihren Feldern, wo es in einem Jahre drei Ernten gab. Es war ein natürliches Treibhaus, durch den Brand der tiefen Schichten unabläſſig geheizt. Der Schnee war hier niemals von Dauer. Dieſer rieſige Strauß von Grün — neben den entlaubten Bäumen des Waldes — entfaltete ſich an dieſem Dezembertage, ohne daß der Froſt auch nur ſeine Ränder gerötet hätte.

Bald rollte die Kaleſche wieder in die Ebene dahin. Négrel ſcherzte über die Legende und erklärte, wie infolge der Gährung des Kohlenſtaubes ſehr häufig ein Grubenbrand entſtehe, welcher ohne Ende fortbeſteht, wenn man ihn nicht zu bewältigen vermag. Und er nannte eine belgiſche Grube, die man erſäufte, indem man einen Fluß in den Schacht leitete. Doch er ſchwieg jetzt ſtill; ſeit einer Weile kreuzten den Wagen jeden Augenblick Rotten von Bergleuten. Sie zogen ſchweigend, mit ſcheelen Blicken vorüber, dieſen Luxus muſternd, der ſie auszuweichen [illegible]. Ihre Menge wuchs immer mehr an; die Pferde mußten im Schritt über die kleine Scarpe-Brücke gehen. Was ging denn vor, daß all das Volk ſich auf den Heerſtraßen herumtrieb? Die Fräulein erſchraken; Négrel begann irgendeinen Krawall in der in Gärung geratenen Gegend zu wittern; alle atmeten auf, als ſie endlich in Marchiennes ankamen. Unter der Sonne, die ſie auszulöſchen ſchien, ließen die [illegible] der [illegible] und die Türme der Hochöfen ihre Rauchwolken aufſteigen, deren ewiger Ruß wie ein ſchwarzer Regen ſich in der Luft niederſenkte.

## II.

In der Jean-Bart-Grube ſchob Katherine ſeit einer Stunde die Karren bis zur Ablöſungsſtelle; ſie war dermaßen von Schweiß getränkt, daß ſie einen Augenblick innehalten mußte, um ſich das Geſicht abzutrocknen.

Chaval, der mit den Kameraden ſeiner Gruppe im Schlage arbeitete, war erſtaunt, als er das Rollen der Karren nicht mehr hörte. Die Lampen brannten ſchlecht, der Kohlenſtaub hinderte ihn zu ſehen.

„Was gibt es?“ ſchrie er.

Als ſie ihm geantwortet hatte, daß ſie ſchier erſticke und daß ihr das Herz aus dem Leibe zu fallen drohe, erwiderte er wütend:

„Dummes Vieh, mach' es wie wir und wirf das Hemd ab!“

Es war ſiebenhundertundacht Meter tief, im Norden, in der erſten Region der Déſirée-Ader, drei Kilometer vom Abſtieg entfernt. Wenn die Bergleute von dieſer Region der Grube ſprachen, erbleichten ſie und dämpften die Stimme, als hätten ſie von der Hölle geſprochen; und ſie ſchüttelten zumeiſt nur die Köpfe und zogen es vor, nicht zu reden von dieſen glühenden Höllentiefen. In dem Maße, als die Gallerien ſich nach dem Norden ausdehnten, näherten ſie ſich dem Tartaret und drangen in das Gebiet des unterirdiſchen Brandes ein, welcher weiter oben die Felſen verkalkte. An der Stelle, wo man angelangt war, hatten die Schläge eine Durchſchnitts-Temperatur von fünfundvierzig Grad. Man befand ſich mitten in der verwünſchten Stadt, mitten unter den Flammen, welche diejenigen, die durch die Ebene kamen, bei den Schlünden ſehen konnten, die Schwefel und abſcheuliche Dämpfe ſpieen.

Katherine, die ſchon ihren Kittel abgelegt hatte, zögerte einen Augenblick, dann zog ſie auch das Beinkleid aus. Mit nackten Armen und nackten Schultern, das Hemd nach Art eines Kittels mittels einer Schnur um die Hüften befeſtigend, machte ſie ſich wieder an die Arbeit.

„Es wird ſo doch beſſer gehen,“ ſagte ſie laut.

In ihrer Beklemmung mengte ſich eine unbeſtimmte Angſt. Seit den fünf Tagen, daß ſie da arbeitete, dachte ſie an die Geſchichten, mit welchen man ſie in ihrer Kindheit erſchreckt hatte; an die Schlepperinnen von ehemals, die unter dem Tartaret brannten, zur Strafe für Dinge, die man nicht zu wiederholen wagte. Sie war jetzt allerdings zu groß, um an ſolche Dummheiten zu glauben; und doch, was hätte ſie getan, wenn plötzlich aus der Kohlenwand ein Mädchen hervorgekommen wäre, rot wie ein Ofen und mit zwei glühenden Kohlen an Stelle der Augen? Dieſer Gedanke vermehrte noch ihren Schweiß.

Bei der Ablöſungsſtelle, achtzig Meter vom Schlage, übernahm eine andere Schlepperin den Karren und rollte ihn achtzig Meter weiter, bis zur ſchiefen Ebene, wo der Uebernehmer ihn mit den von den höheren Gängen ankommenden zugleich an die Oberfläche expedierte.

„Du machſt dir's aber bequem,“ ſagte dieſes Weib, eine magere Witwe von dreißig Jahren, als ſie Katherine im Hemde ſah. Ich will das nicht tun; die Stößerjungen ärgern mich mit ihren unflätigen Reden.“

„Ei, ich kümmere mich wenig um die Mannsleute; ich leide zu ſtark durch die Hitze,“ antwortete das Mädchen.

Sie nahm einen leeren Karren und kehrte zurück. Das Schlimmſte war, daß ſie in dieſem tiefen Gange zur Nachbarſchaft des Tartaret noch eine andere Urſache kam, um die Hitze unerträglich zu machen. Man befand ſich neben einem ehemaligen Arbeitsſtollen, einer aufgelaſſenen Gallerie des Gaſton-Marie-Schachtes, wo vor zehn Jahren infolge ſchlagender Wetter die Ader in Brand geraten war, die noch immer hinter der Lehmwand brannte, welche man aufgeführt hatte und immer wieder ausbeſſerte, um dem Feuer eine Grenze zu ſetzen. Der Luft beraubt, hätte das Feuer erlöſchen müſſen; aber ohne Zweifel ward es durch Luftzüge angefacht, die aus unbekannten Richtungen kamen; es erhitzte den Lehm der Scheidewand, wie man die Ziegel eines Ofens erhitzt, ſo daß man im Vorbeigehen die Glühhitze verſpürte. Und längs dieſer Mauer, in einer Länge von über hundert Meter, in einer Temperatur von ſechzig Grad wurden die Karren geſchoben.

Nach zwei Fahrten glaubte Katherine von neuem erſticken zu müſſen. Glücklicherweiſe war der Weg breit und bequem in dieſer Déſirée-Ader, einer der dichteſten in der Region. Das Lager hatte eine Dichtigkeit von 1 Meter 90 Zentimeter. Die Köhler konnten aufrechtſtehend arbeiten, allein ſie hätten lieber mit gebeugtem Rücken gearbeitet, wenn ſie nur etwas friſche Luft gehabt hätten.

„Schläfſt du denn?“ rief Chaval heftig, ſobald er aufhörte, Katherines Bewegungen zu hören. Wer hat mir ein ſolches Faultier an den Hals gehängt? Willſt du wohl deinen Karren füllen und ſchieben?“

Katherine befand ſich am Fuße des Schlages, auf ihre Schaufel geſtützt. Ein Unbehagen erfaßte ſie, während ſie mit blöder Miene und ohne zu gehorchen, die anderen betrachtete. Sie ſah ſie nur undeutlich, bei dem rötlichen Scheine der Lampen, ganz nackt wie die Tiere, ſo ſchwarz, ſo ſchmutzig von Schweiß und Kohle, daß ihre Nacktheit ihr nicht anſtößig war. Es war ein finſteres Werk, wie von Affen mit geſtrecktem Rücken verrichtet; eine hölliſche Viſion von geröteten Gliedern, die ſich unter dumpfen Schlägen und Aechzen erſchöpften. Die Arbeiter aber ſahen Katherine ohne Zweifel deutlicher; ſie ließen ihre Spitzhauen einen Augenblick und begannen mit ihr zu ſcherzen, weil ſie ihr Beinkleid abgelegt hatte.

„Gib acht, du wirſt dir einen Schnupfen anziehen!“

„Die hat echte Beine! Sprich, Chaval, ſie hat genug für zwei!“

„Man müßte ſehen. Hebe das Hemd, höher, höher!“

Gleichzeitig bei dieſen Späßen der Kameraden fiel Chaval wieder über das Mädchen her.

„Wird 's endlich werden?“ ſchrie er. „Bei den Schweinereien iſt ſie gleich dabei; ſie möchte bis morgen zuhören.“

(Fortſetzung folgt.)

### Sechſter Verhandlungstag.

Nürnberg, 5. Juli.

Die heutige Sitzung begann ſchon um 8 Uhr früh. Der Kongreß will heute zu Ende kommen, obwohl noch ſieben Punkte zu erledigen ſind. Es iſt daher auch eine Nachtſitzung beabſichtigt.

**Graßmann-Berlin** (Buchdrucker) berichtete über die Vorſchläge der Kommiſſion, die geſtern zur Durchberatung der Statuten eingeſetzt war. Die Anträge von Dißmann ſind im großen ganzen von der Kommiſſion abgelehnt worden. Der Antrag Dißmann, auch neben den Gewerkſchaften den Arbeiter- und Betriebsräten Befugniſſe zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältniſſe zuzuſchreiben, iſt mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Kommiſſion war für kollektive Arbeitsverträge und erklärt: „nur durch kollektive Verträge mit den Unternehmern werden Vereinigungen uſw. . . .“ Man wollte mit dieſer Form etwas mehr Ellbogenfreiheit ſchaffen, daß auch Tarifverträge mit Arbeitgebern abgeſchloſſen werden können, die keiner Organiſation angehören, obwohl man nicht verkannte, daß es wertvoller ſei, wenn die Verträge auf beiden Seiten durch ſtarke Verbände gedeckt werden. Die Kommiſſion vermochte ſich der Forderung nach einer ſchärferen Betonung der Induſtrieverbände nicht anzuſchließen, da den Fachverbänden Spielraum gelaſſen werden muß, wenn ſie meinen, daß ihre Berufsverhältniſſe noch nicht für den Zuſammenſchluß in größeren Induſtriegruppen reif ſeien. Weiter hat Dißmann den Antrag geſtellt, daß bei Steuerleiſtungen für die Abſtimmung zum Ausſchuß nach der Mehrheit auch das Verlangen von Vertretern von Gewerkſchaften, die zuſammen mehr als ein Viertel der Gewerkſchaftsmitglieder der angeſchloſſenen Gewerkſchaften umfaſſen, in Betracht kommen ſoll. Das würde einer Unterdrückung gewerkſchaftlich wertvoller Minderheiten gleichkommen. Danach würden große Verbände ausſchlaggebend ſein. Das kameradſchaftliche Verhältnis im Ausſchuß würde geſtört ſein und würde zu einer Art gewerkſchaftlicher Plutokratie führen. Die Forderung Dißmanns nach Urwahlen zu Kongreſſen lehnt die Kommiſſion ab. (Hört, hört! links.) Wir ſind gegen jede Zwangsmaßregel. Es muß

**jeder Gewerkſchaft das Selbſtbeſtimmungsrecht überlaſſen werden.**

Zur Behauptung Dißmanns, daß bei den Wahlen zum Kongreß nicht der Wille der Mehrheit jetzt in Betracht komme, ſei darauf hingewieſen, daß in Berlin von 100000 Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes nur 10000 ihr Wahlrecht ausgeübt haben. (Hört, hört!) Man kann da doch nicht von der Wahrung des demokratiſchen Prinzips ſprechen, zumal man weiß, von welchen Zufälligkeiten die Mandate-Aufſtellung abhängig iſt.

**Dißmann-Frankfurt a. M.:** Alle Anträge, die nach Oppoſition riechen, werden kurzerhand abgelehnt. (Große Unruhe, Widerſpruch und Zuſtimmung.)

**Vorſitzender Legien:** Dieſe Unterſtellung muß ich zurückweiſen. Objektiver als durch die Kommiſſion könnte die Sache nicht geprüft werden.

**Dißmann** (fortfahrend): Die Beurteilung überlaſſe ich dem Kongreß und den Parteigenoſſen im Lande. Die Anträge werden wiederkommen und ſicherlich auf ſpäteren Kongreſſen auch angenommen. (Beifall links.)

Nach kurzer weiterer Beſprechung wurden mit Ausnahme folgender Entſchließung ſämtliche Anträge zur Organiſationsform für erledigt erklärt: „Die Kommiſſion hält die Aenderung der Satzungen hinſichtlich der Organiſationsform nicht für notwendig. Sie erklärt aber, daß die davon abweichenden organiſatoriſchen Eigenheiten von Organiſationen, die bisher der Generalkommiſſion angeſchloſſen waren, anerkannt werden.“ — Die Anträge Dißmann werden gemäß dem Vorſchlage der Kommiſſion mit großer Mehrheit abgelehnt. Als Beitragsleiſtung werden 20 Pfg. jährlich für jedes Mitglied feſtgeſetzt. Der Bundesvorſtand beſteht aus 15 Mitgliedern, davon ſind die drei Vorſitzenden, der Kaſſierer und Redakteur ſowie zwei Sekretäre angeſtellt. Außerdem werden acht Beiſitzer frei gewählt. Der Kongreß findet weiter alle drei Jahre ſtatt. Auf 10000 Mitglieder (bisher 5000) entfällt ein Vertreter. — Der Antrag Dißmann, die Wahlen zum Kongreß durch Urwahlen vorzunehmen, wird mit 443 gegen 198 Stimmen abgelehnt. Der Bundesvorſtand wird beauftragt, ein Normalſtatut für die Ortsausſchüſſe auszuarbeiten. In der Schlußabſtimmung wird das Geſamtſtatut gegen 70 bis 80 Stimmen unter großem Beifall angenommen.

Vorſitzender Legien erklärt den „Allgemeinen Deutſchen Gewerkſchaftsbund“ für begründet.

Die Wahl zum Bundesvorſtand erfolgt durch Stimmzettel. Die Konferenz der Vorſtände und die Oppoſition haben geſonderte Liſten aufgeſtellt. Der Generalkommiſſion gehörten bisher u. a. Miniſterpräſident Bauer ſowie die Reichsminiſter Schmidt und Wiſſell an. Sie ſind auf keiner der beiden Vorſchlagsliſten.

## Volkswirtſchaftliches.

### Erhöhung der Kohlenpreiſe.

Die Verſammlung der Zechenbeſitzer des rheiniſch-weſtfäliſchen Kohlenſyndikats beſchloß, auf Grund der vom Reichswirtſchaftsminiſter feſtgeſetzten Höchſtpreiſe die Richtpreiſe, wie folgt, gegen die Maipreiſe zu erhöhen: Steinkohlen allgemein um 6,10 Mk., Nußkohlen um 6,70 Mk., geringwertige Sorten um 1,70 Mk., Koks allgemein um 8,50 Mk., Brechkoks 1—3 um 10,20 Mark einſchließlich Kohlen- und Umſatzſteuer, gültig ab 16. Juli d. J., Briketts um 2,45 Mk. ab 1. Juni, um 7,85 Mk. ab 16. Juni, um 9,10 Mk. ab 1. Juli. Die ſtufenweiſe Erhöhung der Brikettpreiſe wurde infolge von Pechpreiserhöhungen und einer irrtümlichen und deshalb wieder aufgehobenen Feſtſetzung des Briketthöchſtpreiſes nötig. Die Verſammlung beſchloß ferner, von dieſen Erhöhungen 2 Mk. je Tonne dem Ausgleichsfonds zuzuführen, dem mithin einſchließlich des früher beſchloſſenen Betrages 12 Mk. je Tonne zufließen.

## Lokales.

### Aktionsmacher Raube.

Er iſt die Seele der Revolution, der Herr Genoſſe Raube. Ich kann mich mit dieſer Behauptung zwar nur auf den Eindruck ſtützen, den ich von ihm durch ſeine Worte erhalten habe. Aber danach muß er ein ganzer Kerl ſein. Einer, der Bäume ausreißen kann aus dem kapitaliſtiſch verſeuchten Boden der Freiſtaatkultur. Kurzum, ein kleiner Geiſteskönig in ſeinem Bereich.

Ein König vor allem in dem famoſen „Aktions“-Ausſchuß, der ja ein Kind iſt, das ſeiner politiſch-phantaſtiſchen Denktätigkeit ſeine Geburt zu verdanken hat. Aber das arme Kind muß krank ſein. In ſeiner geſtrigen Sitzung konnte es nicht recht auf den Beinen ſtehen und es wußte nicht, ob es Atemholen ſollte oder nicht. Aber es durfte ſtolz ſein auf ſeinen witzigen Vater, dem es gelang, mit diktatoriſcher Macht ſeinen Willen den Statiſten, die Revolution, Aktion und Radikalismus verkörpern wollten, aufzupropfen.

Einige Koſthappen von dem ſelbſtherrlichen Ichbin-Ragout des Herrn Raube mögen folgen. Eine Verbeugung vor den Gewerkſchaften, die den Anſchluß nicht verſäumen wollen zu dem „großen Stoß“, den der Aktionsausſchuß gegen die Geldſackmänner führen will: Verteufelt, es muß dieſen Gewerkſchaftsfreſſern doch unangenehm ſein, daß nicht zu leugnen iſt, daß die verkörperten Bureaukraten und die „Arbeiterverräter“ ehrliche Arbeiterpolitik machen. Sie haben ganz recht, Herr Raube, wenn Sie darin eine Exiſtenzgefahr für den Aktionsausſchuß ſehen. Es wäre doch ſchade, wenn Sie mit einemmal ein König ohne Reich wären.

Hut ab, Herr Raube. Aber ich habe noch nicht gewußt, daß ein Revolutionär ſich wie ein Hoflieferant ſeiner Beziehungen nach oben rühmt. Und den allein echten revolutionären Geiſt haben Sie doch in Pacht. Das wirkte geſtern wie Cäſars „Veni, vedi, vici!“, das „— ich habe Mittel und Wege, um direkt an den Rat der Vier zu gelangen!“

Und das Bangemachen vor dem bolſchewiſtiſchen Geſpenſt, um dadurch die wirtſchaftliche Hilfe der Entente zu erpreſſen! Das iſt es ja gerade, was Sie ſeither ſo gegeißelt haben an der verhaßten Regierung der „Kaiſerſozialiſten“. Sie denken aber wohl, daß es noch lange nicht dasſelbe ſei, wenn zwei dasſelbe tun. „Diplomatiſche Taktik“ nennen Sie das mit einemmal jetzt. Herr Raube, ich danke Ihnen für das ungewollte Kompliment, das Sie da der Reichsregierung machen.

Haben Sie nicht immer ſo felſenfeſt gebaut auf die Weltrevolution, deren erſte Zuckungen Sie überall zu erkennen glaubten? Ihr Vertrauen darauf muß doch recht ſehr erſchüttert ſein, wenn Sie jetzt wörtlich ſagen, „man müſſe ſich der feindlichen Kapitaliſten bedienen, um greifbare Arbeit zu leiſten.“

Nein, nein, Herr Raube, Sie ſuchen am beſten keine Beteiligung an der Regierung des neuen Freiſtaates. Weshalb? Nun, Herr Oberbürgermeiſter [illegible]hm hat Ihnen doch perſönlich geſagt, daß da das Gehirn herrſchen ſoll.

Aus der Sitzung ſelbſt iſt recht wenig zu berichten. Der Aktionsausſchuß hat ſich bei dem Magiſtrat um die Aufnahme in den Wirtſchaftsausſchuß beworben, iſt jedoch abgewieſen worden. Um allen Maßregelungen der Arbeiter durch Privat- oder ſtaatskapitaliſtiſche Unternehmungen vorzubeugen, beſchloß der Aktionsausſchuß folgendes Telegramm an den Rat der Vier zu ſenden:

„Die Danziger Arbeiterſchaft ſteht vor einer Exiſtenzfrage. Die hieſigen Behörden können keine Arbeitsmöglichkeit für die Zukunft ſchaffen. Die Betriebe werden und ſind zum Teil ſchon aus Mangel an Arbeit geſchloſſen und Arbeiter entlaſſen. Die Arbeiterſchaft wird in kürzeſter Zeit brotlos und Arbeiterunruhen ſind zu befürchten, die nicht im Intereſſe des Freiſtaates liegen. Die Zeit drängt. Die Arbeiterſchaft wendet ſich daher an den Rat der Vier um Sicherung der Arbeiterintereſſen.“

Von ſeiner gleichzeitigen Drahtung an die polniſche Regierung in Warſchau wurde wieder Abſtand genommen. Um den zu erwartenden Schritten der Entente vorzuarbeiten, wird eine Kommiſſion von drei Mann zum Auswärtigen Amt des Deutſchen Reiches geſchickt werden. Es wurde noch in Vorſchlag gebracht, zu verlangen, daß die erforderlichen Arbeiten vor der Uebergabe des Freiſtaates an den Beauftragten des Völkerbundes von einer Kommiſſion ausgeführt werden ſollen, die ſich aus Vertretern der Entente, der polniſchen Regierung und der Danziger Arbeiterſchaft zuſammenſetzen ſoll.

Wir wollen den Ueberidealiſten nicht ernſthaft entgegentreten. Stolz ſind ſie, und es gibt ja bekanntlich noch etwas, das mit Stolz zuſammen auf einem Holze wachſen ſoll und mit dem Götter ſelbſt vergebens kämpfen.

-n.

### Lehrerſchaft und Beſoldungsneuordnung.

Der Entſchließung der Arbeitsgemeinſchaft der Lehrer und Lehrerinnen Danzigs, die in der Volkswacht Nr. 158 zu leſen iſt, muß ich folgendes entgegenſetzen:

Ohne Zweifel kann jederzeit eine Neuordnung der Gehaltsverhältniſſe der ſtädtiſchen Beamten im Rahmen ihrer jetzigen Stellungen ſtattfinden. Es iſt eine Verkennung der Verhältniſſe, wenn man dies als „Eingriff in die Rechte des Freiſtaates“ bezeichnet. Es iſt durch nichts bewieſen, daß dieſe Neuordnung auf Koſten der Lehrer und Lehrerinnen erfolgen ſoll.

Es ſteht feſt, daß die Stadt Danzig die Gehaltsverhältniſſe der Lehrer und Lehrerinnen jetzt noch nicht regeln kann, weil dieſe eben nicht ſtädtiſche Beamte ſind. Es iſt aber unverſtändlich, wie nun die Neuordnung der Beſoldungsverhältniſſe für die Beamten dazu führen kann, daß die Lehrer und Lehrerinnen dies als Zurückſetzung empfinden, als ungerecht betrachten und in ihrem amtlichen Wirken für das erſprießliche Gedeihen der Stadt behindert werden ſollten.

Die Beamtenſchaft iſt dabei, ihre gewerkſchaftliche Grundlage auszubauen und handelt im gewerkſchaftlichen Sinne. Ob die Arbeitsgemeinſchaft vom Gewerkſchaftsleben etwas weiß, iſt mir unbekannt. Will die Arbeitsgemeinſchaft Gewerkſchaftsſitten nicht anerkennen, ſo mag ſie dafür ſorgen, daß ihre Entſchließungen nicht in einem Blatte erſcheinen, das als ſolches erkennbar iſt, das Gewerkſchaftsintereſſen vertritt.

Wo in aller Welt hat jemals eine Gewerkſchaft einer and'ren in ihrem Lohnkampfe ſo den Weg vertreten? Das fehlte gerade noch, daß ſich die Gewerkſchaften in der Oeffentlichkeit gegenſeitig in den Haaren liegen, weil eine der anderen nichts gönnt! Nein, im Gegenteil! Jede Gewerkſchaft unterſtützt die andere nach Möglichkeit in ihren Lohnkämpfen.

Wenn die Gehaltsverhältniſſe der Lehrer und Lehrerinnen jetzt noch nicht von der Stadt geregelt werden können, ſo mag die Arbeitsgemeinſchaft die Zeit dazu abwarten und dann kommen. Wenn ſie dann aber in gewerkſchaftlichem Sinne auf Unterſtützung durch die Beamten rechnen will, ſo mag ſie ihr Verhalten gefälligſt auch jetzt ſchon danach einrichten.

Schulz, Stadtſekretär.

### Zum Proteſt der Lehrerſchaft Danzigs

ſchreiben uns Kommunalbeamtenverein zu Danzig und Beamtenausſchuß der Stadtverwaltung:

Noch nie haben die ſtädtiſchen Beamten proteſtiert, wenn die Erhöhung der Lehrergehälter durch Staatsgeſetz beſtimmt wurde, wie es zuletzt im Jahre 1909 geſchah. Um ſo unverſtändlicher iſt es, wenn die Lehrerſchaft ſich darüber aufregt, daß die Gehälter der ſtädtiſchen Beamten neu geregelt werden ſollen.

Es ſteht einwandfrei feſt, daß die Beſoldung der Lehrer zurzeit noch der preußiſchen Geſetzgebung unterſteht, dagegen gehört die Neuordnung der Gehälter der ſtädtiſchen Beamten zur Zuſtändigkeit des Magiſtrats und der Stadtverordnetenverſammlung. Alſo nicht an dem guten Willen der ſtädtiſchen Körperſchaften, ſondern an der rechtlichen Unmöglichkeit liegt es, wenn die Gehälter der Lehrer zurzeit nicht geändert werden können.

Sollten die Lehrer nun wirklich verlangen, daß deshalb an den Beamtengehältern auch nicht gerührt werden darf? Das würde doch zweifellos nach Neid oder Mißgunſt ausſehen.

Die Beamten der Stadt haben dagegen bei Aufſtellung des Entwurfs des neuen Beſoldungsplans ſehr wohl an die Lehrer gedacht, ſo daß die Möglichkeit beſteht, ſie ſpäter in die Gehaltsklaſſen einzuordnen.

Sollte daher der Proteſt irgendwelche Beachtung finden, ſo würden die Lehrer ſich ins eigene Fleiſch ſchneiden und der ganzen Beamtenſchaft des neuen Freiſtaates, auch den von anderen Behörden zu übernehmenden, großen Schaden zufügen.

Deshalb wäre es zweckmäßiger geweſen, die Entſchließung nicht zu veröffentlichen, ſondern ſich mit dem Beamtenausſchuß der Stadtverwaltung in Verbindung zu ſetzen, dann wäre eine für alle Teile günſtige Löſung erzielt worden.

Jeder ſoll nach ſeinen Leiſtungen und ſeiner ſozialen Stellung bezahlt werden, nach dieſem Grundſatz ſoll in Zukunft verfahren werden.

### Die Lohnbewegung der Induſtrie-Angeſtellten.

Am Sonnabend und Montag fanden Verhandlungen mit einem Ausſchuß des Arbeitgeberverbandes unter Führung des Herrn Kommerzienrats Sieg und der Angeſtellten unter Leitung des Gewerkſchaftsbeamten Kaufmann vom Bund der techniſchen Angeſtellten und Beamten und für den Gewerkſchaftsbund kaufm. Angeſtellten Herrn Schneider vom D. H.-V. ſtatt, in welcher eine Einigung erzielt wurde, die zum Abſchluß der Streikbewegung führen könnte, wenn nicht unter den Arbeitgebern reaktionäre Kräfte am Werke wären, dieſen im Intereſſe des Allgemeinwohls liegenden Ausgang zu verhindern. Der ſcharfmacheriſche Flügel des Arbeitgeberverbandes ſucht mit allem Raffinement, deſſen die bekannte Stelle fähig iſt, die endgültige Löſung zu verſchleppen. Man hofft in dieſen unruhigen Zeiten auf ein plötzliches Ereignis, das die auffäſſige Angeſtelltenſchaft wieder in die alte Hörigkeit zurückzwängen könnte. Der böſe Geiſt des Arbeitgeberverbandes, der auch der Arbeiterſchaft gegenüber ſich ſtets noch als Geiſt der alten Richtung erwies, die noch nicht recht die neue Zeit begriffen hat, ſcheint auch die Bewegung der Induſtrieangeſtellten zu erſchweren. An der Einigkeit und Geſchloſſenheit der endlich erwachten Angeſtellten werden auch die Künſte der geriſſenſten Vertreter des Unternehmertums ſich unwirkſam erweiſen. Die wirtſchaftliche Not iſt die Peitſche, die die Angeſtellten aufweckt und zuſammenſchweißt zum gemeinſamen Handeln. Es dürfte ſich für die Arbeitgeber der tariffeindlichen Richtung empfehlen, heute abend in die große Verſammlung der Angeſtellten zu kommen, um ſelbſt einmal ſich von der Not, die in dieſen Kreiſen herrſcht, zu überzeugen. Die Ingenieure und Techniker, ſowie die kaufmänniſchen Angeſtellten, die während des Krieges den Herren Millionengewinne haben herauswirtſchaften helfen und die im neuen Freiſtaat Danzig beim Wiederaufbau des induſtriellen Lebens unentbehrlich ſind, verlangen Arbeitsbedingungen und Gehälter, die ihnen eine ihrer Stellung entſprechende Lebenshaltung ermöglichen.

In der geſtern abend ſtattgefundenen Vertrauensmännerſitzung der Angeſtellten wurde folgende Entſchließung in geheimer Abſtimmung mit 56 gegen 6 Stimmen angenommen:

„Die verſammelten Vertrauensmänner der Angeſtellten der Induſtrie erblicken in der in den Verhandlungen mit den Arbeitgebern zuſtandegekommenen Vereinbarung keine allgemeine Befriedigung ihrer beſcheidenen, bei den Verhandlungen nochmals weſentlich ermäßigten Forderungen. Angeſichts der augenblicklichen wirtſchaftlichen und politiſchen Lage und mit Rückſicht auf die kurze Dauer der Vereinbarung erklären die verſammelten Vertrauensmänner ſich mit den erreichten Zugeſtändniſſen abfinden und den Angeſtellten die Annahme der Vereinbarung empfehlen zu wollen. Bedingung dabei iſt jedoch, daß dieſe Vereinbarung von dem Arbeitgeberverband bis ſpäteſtens Mittwoch mittags 12 Uhr auch zur Anerkennung gekommen iſt. Wenn bis dahin die Arbeitgeber-Kommiſſion die Entſcheidung nicht in zuſtimmendem Sinne getroffen hat, ſind die Verhandlungen als ergebnislos abzubrechen. In dieſem Falle beginnt am darauffolgenden Tage der Streik.“

Die Rechtsanwaltsangeſtellten nahmen in ihrer letzten Verſammlung dieſe Entſchließung an:

„Die am 3. Juli tagende Verſammlung der Ortsgruppe Danzig des Verbandes der Bureauangeſtellten Deutſchlands nimmt davon Kenntnis, daß die Verhandlungen über den Abſchluß eines Tarifvertrages durch die Arbeitgeber wiederum in außerordentlichem Maße verzögert worden ſind. Sie erkennt die von der Lohnkommiſſion der Arbeitnehmer hierfür bekanntgegebenen Gründe der Arbeitgeber als ſtichhaltig nicht an. Selbſt wenn infolge der gegenwärtigen politiſchen Lage mit einer demnächſtigen Verringerung der Bureaubetriebe bezw. einer Schließung einzelner Bureaus zu rechnen ſein ſollte, ſo dürften ſich etwaige hieraus entſtehende wirtſchaftliche Nachteile der Arbeitgeber doch erſt in ſpäterer Zeit fühlbar machen. Die ängſtliche Sorge der Anwälte um ihre fernere Zukunft kann für die Angeſtellten keinen Grund bilden, ihre berechtigten Forderungen der Gegenwart auf unbeſtimmte Zeit zu vertagen.

Angeſichts der außerordentlichen Notlage, in der ſich die Angeſtellten ausnahmslos befinden, und die infolge der ſtetig ſteigenden Teuerung aller wichtigen Lebensbedürfniſſe täglich drückender wird, ſind die Angeſtellten gezwungen, eine ſchleunige Regelung ihrer Lohnverhältniſſe zu fordern. Dieſes Verlangen iſt um ſo begründeter, als die minimale Teuerungsbeihilfe und die geringfügigen Gehaltserhöhungen, die die Arbeitgeber lediglich unter dem Drucke der Verhältniſſe gewährt haben, keinen Ausgleich bilden gegenüber den Aufwendungen, die zur Beſtreitung ſelbſt des allernotdürftigſten Lebensunterhaltes erforderlich ſind. Neben der Feſtlegung von Mindeſtlöhnen müſſen die Angeſtellten auf Gewährung einer ausreichenden einmaligen Teuerungsbeihilfe beſtehen, um ſo mehr, als ſie infolge des von dem größten Teile der Arbeitgeber während des ganzen Krieges bewieſenen unſozialen Verhaltens keinen anderen Ausweg aus ihrer jeder Beſchreibung ſpottenden Notlage wiſſen.

Nachdem die Angeſtellten monatelang geduldig gewartet haben, beauftragt die Verſammlung die von ihr gewählte Kommiſſion, nunmehr den Abſchluß des Tarifvertrages ſchleunigſt herbeizuführen. Sollten die Verhandlungen auch jetzt nicht zu dem von den Angeſtellten erwarteten Ergebnis führen, ſo ſehen ſie ſich leider gezwungen, zwecks Durchſetzung der Forderungen die ſchärfſten gewerkſchaftlichen Mittel zur Anwendung zu bringen.“

### Engliſche Beſatzung in Danzig.

Heute traf ein engliſcher General in Begleitung von zwei Offizieren hier ein, um die Verhandlungen mit den hieſigen Regierungs- und militäriſchen Stellen über die Räumung des abzutretenden Gebietes zu beginnen. Ferner ſollen ſie, wie wir hören, die Unterbringung einer engliſchen Beſatzung in Danzig vorbereiten. Die engliſchen Offiziere ſtatteten heute bereits dem General-Kommando einen Antrittsbeſuch ab. Mit dem Eintreffen dieſer Kommiſſion dürfte wohl eine in Danzig vielerörterte Frage entſchieden ſein.

Wir hören weiter, daß eine ſofortige Räumung Danzigs noch nicht in Frage kommt. Es werden, wie das auch im Weſten der Fall geweſen iſt, Räumungszonen vereinbart werden. Die hieſigen militäriſchen Stellen rechnen noch mit einer Tätigkeit von verſchiedenen Wochen, wenn nicht Monaten in Danzig.

**Die Kinder der Parteimitglieder** ſeien noch einmal beſonders auf den am Mittwoch ſtattfindenden Spielausflug aufmerkſam gemacht. Näheres im Anzeigenteil.

**Ertrunken.** Von der Breitenbachbrücke fiel der 10jährige Sohn des Arbeiters Murawski in die Weichſel. Rettungsverſuche blieben ohne Erfolg.

**Abholung der Magermilchhaushaltungskarten.**

Ng. Die Milchhändler werden darauf aufmerkſam gemacht, daß ſie die von Donnerstag, den 10. Juli, an zur Ausgabe gelangenden Magermilchhaushaltungskarten am Mittwoch, den 9. Juli, in der Zeit [illegible]—2 Uhr von der Nahrungskartenſtelle, Pfefferſtadt 33—35, Mittelgebäude, Zimmer 27, abholen laſſen müſſen.

**Waſſerſtandsnachrichten am 8. Juli 1919.**

| | geſtern | heute | | geſtern | heute |
|---|---|---|---|---|---|
| Thorn | +1,48 | +1,66 | Pieckel | +1,04 | +1,15 |
| Fordon | +1,24 | +1,39 | Dirſchau | +1,31 | +1,41 |
| Culm | +1,17 | +1,40 | Einlage | +2,82 | +2,90 |
| Graudenz | +1,12 | +1,44 | Schiewenhorſt | +2,52 | +2,48 |
| Kurzebrack | +1,52 | +1,63 | Wolfsdorf | +0,06 | +0,08 |
| Montauerſpitze | +1,06 | +1,17 | Anwachs | + — | + — |

**Heute, Dienstag, abends 8½ Uhr**

## Bezirksverſammlungen

**in den geſtern bekanntgegeben Lokalen. Kein Parteimitglied darf die Verſammlung ſeines Bezirkes verſäumen.**

### Wanda Treumann.

Nach einer Groteſk-Komikſzene, nach einer ſehr mittelmäßigen Soubrette, nach einem „A Facoris“ betitelten Luftakt von hoher Qualität, nach einem Artiſtenpaar, das Flaſchen und Hüten die erdanhaftende Schwerkraft nahm, nach einem Eiskünſtler, der außer höchſter Technik auch einen nahezu vollendeten Körper zeigen konnte, nach einem Gymnaſtikakt „Bernhardt-Trio“, wie ihn die größten Spezialitätenbühnen in ſolch edler Vollendung ſelten repräſentieren können, nach einem Radfahrerpaar, für das das Fahrrad einfach ein aufs Wort gehorſames Lebeweſen wurde, nach all dieſem erſchien Wanda Treumann, die verwöhnte und gefeierte Filmdiva, nachdem ſie zuvor im Lichtbild die Spannung auf einen gewiſſen Höhepunkt gebracht hatte.

Es gibt Menſchen, die man gerne ſieht um ihrer körperlichen Vorzüge, man erfreut ſich der jugendlichen Kraft ihrer ſchreitenden ebenmäßigen Glieder, und das oft in ſo hohem Maße, daß man nicht wünſcht, ſie zu kennen, etwa ſprechen zu hören, weil es dann vielleicht mit der Illuſion zu Ende wäre. Wanda Treumann, die im Film durch die Kraft eines brennenden Auges, durch ſtarkes Temperament und den Zauber eines untadeligen Körpers nicht nur in Deutſchland, ſondern auch in Oeſterreich, Holland und Skandinavien einen großen Verehrerkreis beſitzt, hat das Wagnis unternommen, ſich auch als Schauſpielerin zu zeigen. Jedenfalls hat ſie nicht enttäuſcht, denn ſie kann auch ſprechen, und wenn ihre mimiſche Leiſtung an dem von ihr zu dieſem Zwecke gewählten Sketſch „Die tugendhafte Tänzerin“ auch durchaus klein iſt und keinerlei Maßgabe nach kritiſchen Geſichtspunkten zuläßt, ſo war doch damit eben eine Gelegenheit geboten, die berühmte Filmſchauſpielerin perſönlich kennen zu lernen. Uebrigens hat ſie in Rudolf Döll einen nahezu gleichwertigen Partner. Die Szenen ſind voll amüſanter Einzelheiten, und da ſie noch dazu recht pikant ſind, ſo kann man den lauten Beifall des Publikums und den ungewöhnlich ſtarken Beſuch des beliebten Varietés verſtehen.

## Letzte Nachrichten.

### Deutſch-engliſches.

**Amſterdam,** 7. Juli. (Reuter.) Harmsworth erklärte, die britiſche [illegible] die Wiederaufnahme der diplomatiſchen Beziehungen zu Deutſchland zu einem früheren Zeitpunkt nach der Ratifizierung des Friedensvertrages.

### Beruhigung in Italien.

**Bern,** 7. Juli. Die Regierungsverordnungen über die Preisherabſetzung der Lebensmittel und Bedarfsartikel haben in den meiſten Städten Italiens zu einer Beruhigung geführt. Unruhen größeren Umfangs ſind am Sonntag nur in Mailand und Turin vorgekommen, wo zahlreiche Geſchäfte geplündert wurden.

### Standesamt vom 7. Juli.

Todesfälle: Arbeiter Füſilier Franz Wiſchnewski, 23 J. 3 M. — Kaufmann Guſtav Meinas, 55 J. 7 M. — Frau Marie Kurkowski geb. Czimanski, 50 J. 10 M. — Witwe Johanna Strauß geb. Jeſchawitz, 78 J. — Bäckerlehrling Rudolf Thoms, 16 J. 11 M. — Unverehelichte Emma Behnke, 56 J. 8 M. — Schneidermeiſter Ludwig Hoffmann, 40 J. — Poſtſekretär Emil Borchert, 44 J. 5 M. — Frau Joſephine Miettinen geb. Drewing, 87 J. 3 M. — Witwe Amalie Roſenberg geb. Wiediger, 82 J. 9 M. — T. des Eiſenbahn-Schaffners Eduard Werner, 2 M. — T. des Kaſſenboten Auguſt Thimm, 6 J. 1 M.

Verantwortlich für Redaktion: Karl Böttcher; für Inſerate: Bruno Ewert; Verlag: J. Gehl u. Co.;
Druck Fuchs u. Cie. in Danzig.

Enorm preiswerte

## Damen-Konfektion

**Kleider** aus Schleierstoffen, Seide, rein wollenen Stoffen, in hübschen Farben, in fescher Machart

**Kostüme** aus Seide und Wolle in flotten Formen, erstklassige Verarbeitung

**Blusen** aus Waschstoffen, Seide, Wollmousseline, in allen Farben und reizenden Formen

**Röcke** aus Seide, Wolle, Leinen und Schleierstoffen, in flotten Formen

zu außergewöhnlich billigen Preisen!

Gebrüder
**Freymann**
G. m. b. H.
(8788

---

## Sehr wichtig

ist es, daß in dieser Zeit ein jeder Leser der **Volkswacht** wird.

---

Preiswertes

## Porzellan!

Kaffeekannen weiß 3.90, 3.25, 2.45, 1.75, 1.35 ℳ, 95, 75 ₰
Teekannen weiß . . . . . . . . . . . . . 2.90, 1.90, 1.35 ℳ
Milchtöpfe weiß . . . . . . 1.90, 1.60, 1.35 ℳ, 90, 65, 45 ₰
Zuckerdosen weiß . . . . . . . . . . . . . 1.65, 1.35 ℳ, 95 ₰
Bratenschüsseln oval weiß . . 3.90, rund 2.75, 2.25 ℳ
Kartoffelschüsseln mit Deckel, oval, weiß . . . . 4.90 ℳ
Saucieren weiß, groß . . . . . . . . . . . . . . 3.90 ℳ
Bratenschüsseln oval, Rosenmust. 6.90, Goldrand 5.90 ℳ
Teekannen Rosenmuster, Mittelgröße . . . . . . . 3.90 ℳ

**Teller** weiß, flach Feston 1.45 glatt 1.10 ℳ

Kaffeeservice, moderne Formen, schöne Dekore
Tassen, blau Rand, Goldrand and modern dekoriert
Obstkörbe, Brotkörbe, Obstteller
durchbrochen and dekoriert. (8715

**Nathan Sternfeld**
Wirtschafts-Abteilung
Langgasse 75 Filiale Langfuhr

---

**Bürgerſchützenhaus**
Gr. Allee. Inh. Rich. Stoll.
Täglich
**Bunte Kunſtbühne**

**Das neue Juli-Programm!**

Kommen Sie rechtzeitig und ſichern Sie ſich einen Platz!

Alles Nähere wie bekannt! (8787

---

## Zoppoter Stadt-Theater.

Dienstag, den 8. Juli, abends 7½ Uhr:
**Die Gefährtin, die ſittliche Forderung und eine Partie Piquet.**
Letztes Gaſtſpiel Albert und Elſe Baſſermann vom Leſſingtheater in Berlin.

Mittwoch, 9. Juli: **Die Roſe von Stambul.**
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Donnerstag, den 10. Juli: **Die Roſe von Stambul.**
Operette in 3 Akten von Leo Fall. (8730

---

## Ferienausflug für die Schulkinder.

Am Mittwoch, den 9. Juli, findet ein
**Spielausflug nach dem Jäſchkentalerwald**
ſtatt. Abmarſch nachmittags 2 Uhr vom Dominikanerplatz (Markthalle).

Wir laden dazu die Kinder, beſonders unſerer Parteimitglieder, ein.

**Die Frauenkommiſſion des Sozialdemokrat. Vereins Danzig.**

---

## Kaufmänniſche und techniſche Angeſtellte der Induſtrie!

Heute abend 6½ Uhr findet im Werftſpeiſehaus
**die Maſſen-Verſammlung aller Angeſtellten**
ſtatt, in welcher Herr Architekt **Kaufmann, Berlin**, Geſchäftsführer des Bundes der techniſchen Angeſtellten und Beamten, über **das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband f. Danzig u. Umgegend** ſprechen wird.

Kein Angeſtellter darf in dieſer ernſten Stunde fehlen.
3728 Die Streikleitung.

---

## Moral ohne Gott

Zur Frage
**der Trennung von Staat und Kirche**
von
Waldemar Dombke-Oliva
Preis 1 Mark

Zu haben in der Buchhandlung Volkswacht.
Danzig, Paradiesgaſſe 32.

---

Danzig-Neumarkt
## Circus Straßburger.

Heute Dienstag, 7½ Uhr abends:
**Glanzvolle Eröffnung.**

Mittwoch, den 9. Juli, 3½ Uhr nachm.:
**Familien-Vorstellung**
Zu dieser Vorstellung zahlen Kinder unter 12 Jahren auf den Sitzplätzen halbe Preise.
........
7½ Uhr abends:
**Gala-Abend.**

In beiden Vorstellungen das gleiche große Eröffnungs-Programm.

Täglich von 10 Uhr vorm. zu besichtigen: Proben, Stallbesichtig. und Raubtierschau.

Vorverkauf: Zigarrenhaus Krüger & Oberbeck Langgasse Nr. 82. Telephon 3282. (3684

---

## Für Strand u. Reise!

**Sportjacken**
in Flausch
„ Seiden-Strick
„ Cord-Velvet
„ Leinen

-- Moderne ärmellose Westen --

Große Auswahl • Flotte Formen • Neue Farben

**Walter & Fleck**
Größtes Mode- und Kaufhaus am Platze. 8736

---

## Achtung! Achtung!

Alle organiſierten Kriegsbeſchädigten, die in der Zeit vom 1. 7. 16 bis 9. 11. 18 entlaſſen ſind und vor dem 31. 5. 19 einen Antrag auf Rente geſtellt haben, werden hiermit aufgefordert, innerhalb der unterzeichneten Organiſationen einen Antrag für den Entlaſſungsanzug in aller Kürze nochmals zu ſtellen. Diejenigen Kriegsbeſchädigten, die vor dem 1. 7. 16 entlaſſen ſind, werden ſpäter aufgerufen, wenn ſie einen Anzug erhalten können, da Verhandlungen in Bezug deſſen noch nicht zum Abſchluß gelangt ſind. Die Abgabe der Mäntel, Hemden und Schnürbänder erfolgt in einigen Tagen nach Aufruf.

**Reichsbund der Kriegsbeſchädigten und Kriegshinterbliebenen**
J. A. Graßmann.

**Internationaler Bund der Kriegsbeſchädigten und Hinterbliebenen**
J. A. Stanitkowski.

**Kriegsinvalidenverein**
J. A. Wittkowski.

9037) Der Beauftragte: Otto Schüßler.

---

## Rat u. Auskunft

in allen Angelegenheiten
☞ auch ſchriftlich nach auswärts ☜
erteilt das
**Rechts-Auskunftsbureau**
**von E. Graun,**
Am Jakobstor Nr. 20, 1. Etage,
Nähe des Hauptbahnhofes. (8751

---

## Wir empfehlen folgende Schriften

zur Beachtung:

**Die ſoziale Revolution** v. Karl Kautsky Mk. 2.50
**Der Laſſalleſche Kriminalprozeß** 2. und 3. Heft bearbeitet von Ferdinand Laſſalle Mk. 0.75
**Akademiker und Sozialdemokratie** von Wally Zepler . . . . . . . . . . Mk. 0.75
**Arbeiter-Programm** über den beſonderen Zuſammenhang der gegenwärtigen Geſchichtsperiode mit der Idee des Arbeiterſtandes von F. Laſſalle. Mit Vorbemerkungen, herausgegeben von Bernſtein . . . . . . . . . . . Mk. 1.20
**Die Stimme aus dem Grabe,** Reden von Jean Jaurès; geſammelt und beſprochen von Viktor Schiff . . . . . . . . . . Mk. 1.50
**Meine Aſſiſen-Rede** gehalten vor den Geſchworenen zu Düſſeldorf am 3. Mai 1849 von F. Laſſalle Mk. 0.75
**Ueber Verfaſſungsweſen** von F. Laſſalle Mk. 0.50
**Der Ententefriede und die Arbeiterklaſſe** von Adolf Braun . . . . . Mk. 0.40
**Wie werden wir wieder reich?** Von Erich Kuttner . . . . . . . . . Mk. 0.20
**Sozialdemokratie und Schule** von Heinrich Schulz . . . . . . . . Mk. 1.50
**Wir ſind die Kraft!** Auswahl politiſcher und proletariſcher Gedichte von F. Freiligrath . . . . Mk. 0.35

**Buchhandlung Volkswacht**
Paradiesgaſſe Nr. 32.

---

**Otto Hamann**
3244 Optiker und Mechaniker
Danzig, 1. Damm Nr. 3
empfiehlt in allen Arten
**Brillen und Klemmer**
Taschenlampen sowie allerbeste Batterien
— Sämtliche Reparaturen werden ausgeführt. —

---

**Geld** in jeder Höhe monatl. Rückzahl. verleihen sofort
H. Blume & Co., Hamburg 5.

---

**Bettnäſſen**
bei Kindern und Erwachſ. empfehle mein auserprobt. **„Siccus"**
Paket 5.50 Mark, 3 Pakete (meiſt ausreichend) 15 Mk.
**Hildebrandt, Verſandhaus 226, Berlin N 4,**
3202) Invalidenſtr. 8. (z

---

**Buch über die Ehe**
mit Abbildungen Mk. 2.50
**Ratgeber für Eheleute**
Mk. 2.50
Bd. Büch. zus. bez. nur Mk. 4.50
**L. Sachtleben, Berlin 376**
Schmidtstr. 41. (1967

---

Plättwäſche wird noch zum Plätten angenommen.
**B. Schwabe,** Salvatorgaſſe 1—4.
8782

---

**„Volksfürſorge"**
Gewerkſch.-Genoſſenſchaftl. Verſicher.-Aktiengeſellſchaft
Günſtige Tarife für Erwachſene u. Kinder.
Kein Policenverfall.
— Sterbekaſſe. —
Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganiſationen u. v. der
**Rechnungsſtelle 16, Danzig,**
Bruno Schmidt,
Mattenbuden Nr. 35.

---

**3¼ m Koſtümſtoff,** 1 Sommerüberzieher, 1 Chapeau-claque, verſchied. Leinenkrag. 48, gut erhalt., billig zu verkauf. **Hoppe, Schidlitz, Karthäuſerſtr. 101** Beſichtigung v. 3-6. (3729

---

Wegen Verh. mein. jetzigen Mädchens ſuche ich z. 1. Aug. ein tücht., zuverläſſiges und ehrl. Mädchen, w. bereits Stellung in erſten Häuſern gehabt hat. Bei zufriedenſt. Leiſtung iſt d. Stellg. angen. u. dauernd. Ang. erb. (3718 **Konrad Lück, Fabrikbeſitzer** Danzig, Strohdeich 7—8.

---

## Amtl. Bekanntmachungen.

### Aufforderung an die Bevölkerung Danzigs.

Nach Anhörung der Beteiligten fordern wir hiermit die geſamte Bevölkerung Danzigs auf, **Erdbeeren, Kirſchen und Blaubeeren** nur dann zu kaufen, wenn von den Verkäufern nachſtehende oder darunter bleibende Preiſe gefordert werden:

für Walderdbeeren . . 4.— Mk. für das Pfund
für Gartenerdbeeren . 2.50 Mk. für das Pfund
für Kirſchen . . . . 1.20 Mk. für das Pfund
für Blaubeeren . . . 1.— Mk. für das Pfund

Nur dadurch, daß die Bevölkerung den Ankauf zu einem höheren Preiſe grundſätzlich und allgemein ablehnt, können wir geſunde Preisverhältniſſe ſchaffen. Es iſt **Pflicht jedes Verbrauchers**, durch eine gewiſſe Selbſtzucht die Preiſe zu regeln und zu ſenken. Diejenigen, welche Erdbeeren, Kirſchen od. Blaubeeren in der Stadtgemeinde Danzig feilhalten, werden aufgefordert, bei ihrem Einkauf darauf zu achten, daß ſie für die oben angegebenen Preiſe die Waren auf den Markt bringen können. Sie ſetzen ſich der Gefahr aus, daß niemand oder nur ein ganz kleiner Teil der Bevölkerung höhere Preiſe zahlt und daß ihnen infolgedeſſen wertvolle Ware verdirbt.

Die angegebenen Preiſe ſind nicht Höchſtpreiſe im Sinne des Geſetzes, ſie geben vielmehr nur Richtlinien für die kaufende Bevölkerung.

Wir bitten die Namen derjenigen Verkäufer, welche trotz dieſer Aufforderung höhere Preiſe als die oben angegebenen fordern, durch Aufſichtsbeamte feſtſtellen zu laſſen und der Preisprüfungsſtelle des Magiſtrats, Töpfergaſſe 33, anzuzeigen, damit in geſetzlich zuläſſiger Weiſe gegen dieſe eingeſchritten werden kann. Die Angabe von Zeugen iſt dabei erwünſcht. (98767

Danzig, den 7. Juli 1919.
Der Magiſtrat. Der Vollzugsausſchuß.

---

### Oeffentliche Verſteigerung

am Donnerstag, den 10. Juli, nachmittags 3 Uhr, auf dem Städtiſchen Schlacht- und Viehhof, Danzig:

8 Wagenpferde, darunter 2 Hengſte,
13 Tafelwagen, 1- und 2-ſpännig,
1 Erntewagen,
1 Marketenderwagen,
Arbeitsgeſchirre,
Stallgeräte.

Beſichtigung eine Stunde vorher. (3733

**Joſeph Michaelſon, vereidigter Auktionator,**
Laſtadie Nr. [illegible]